

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
G. Jouane,
Für Beilettos und Vermischtes:
G. Roekner,
Für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedeck, sammlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Jg. 210.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 24. März.

1890.

Inserate werden angemessen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Höfle, Höfle, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ede, Otto Tisch, in Firma J. Lehmann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Cholewski, in Meseritz bei H. Rathaus, in Wreschen bei J. Jäger, u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. J. Danke & Co., Haasestein & Vogler, Adolf Pöse und „Invalidenbau“.

Amtliches.
Berlin, 22. März. Der Geheime Kanzlei-Inspektor Bourdick ist zum Geheimen Kanzlei-Direktor in der Kaiserlichen Marine ernannt worden.

Der König hat den Regierungs- und Baurath Friedrich Bastrau zum Geheimen Baurath und vortragenden Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, den bisherigen außerordentlichen Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin Dr. Fritz Gustav Bramann zum ordentlichen Professorin der mediziniichen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg, den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Theodor Lipp zu Bonn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau, und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Heinrich Eugen Brum zu Bonn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt; sowie dem ordentlichen Professor an der Universität Königsberg Dr. Johann Mikulicz den Charakter als Geheimer Medizinal-Rath und dem Debitsbeamten bei der Königlichen Porzellan-Manufaktur Alexander Lapien zu Berlin aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Dienst den Charakter als Kommissions-Rath verliehen.

Der ordentliche Professor Dr. Otto Fischer zu Greifswald ist in gleicher Eigenschaft in die juristische Fakultät der Universität Breslau versetzt worden.

Der Kreisphysikus des Kreises Wartenberg Dr. Schilling in Wartenberg ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Querfurt versetzt worden.

Der praktische Arzt Dr. med. Vothe in Osterode a. S. ist zum Kreisphysikus des Kreises Osterode am Harz ernannt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 22. März, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des Berichts der Rechnungskommission über die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt für 1886/87.

Die Rechnungskommission beantragt die Etatsüberschreitung und außerordentlichen Ausgaben aus jener Zeit nachträglich zu genehmigen und im Übrigen der Regierung die Entlastung für die allgemeine Rechnung auszusprechen.

Zugleich mit dieser allgemeinen Rechnung wird von dem Kultus- und der Bernerk zu dem Kapitel „Höhere Lehranstalten“ Tit. 2 „Zuschüsse für die vom Staat zu unterhaltenden Anstalten“ zur Debatte gestellt. Derselbe besagt, daß die einzelnen Zuschüsse während der Dauer der Bewilligungsperiode ohne Rücksicht auf den jedesmaligen Jahresbedarf voll an die Anstaltssachen gezahlt werden können.

Über die Auslegung dieses Vermerks sind Meinungsverschiedenheiten zwischen der Oberrechnungsverwaltung und der Kultusverwaltung hervorgetreten. Bei der Rechnungsprüfung hatte sich ergeben, daß allgemein die aus den staatlichen Bedürfniszuschüssen während der sechsjährigen Bewilligungsperiode derselben erzielten Ersparnisse auch ablauf der Periode den Anstalten verblichen und nicht an die allgemeinen Staatsfonds zurückgeliefert wurden. Die Regierung leitet das Recht für dies Verfahren aus dem Bernerk her, der ergebe, daß die Zuschüsse und ebenso auch die Ersparnisse aus denselben unbeschränktes Eigentum der Anstalten werden, während die Oberrechnungskammer die Ansammlung von Kapitalien als in Widerspruch mit dem Grundsatz stehend ansieht, daß eine Kapitalisierung aus Bedürfniszuschüssen überhaupt nicht stattfinden darf.

Die Budgetkommission stellt sich durch folgenden Antrag auf die Seite der Regierungsauffassung: Dem Bernerk hinzuzufügen „Bei Ablauf der Bewilligungsperiode vorhandene Ersparnisse verbleiben den Anstalten.“

Die Rechnungskommission tritt der Auffassung der Oberrechnungskammer bei und beantragt, im Einverständnis mit derselben zu erklären, daß die nach Ablauf einer sechsjährigen Bewilligungsperiode erzielten Ersparnisse bei Beginn der neuen Periode der Kassenrats in die allgemeinen Staatsfonds zurückzuführen sind.

Abg. Boedeker (Zentr.) beantragt, den Zusatz der Budgetkommission abzulehnen und eventl. den Zusatz einzufügen: „und sind nach Bedarf auch zu den laufenden Ausgaben der Anstalt zu verwenden“ oder eventl. einzufügen: „Der gleiche Bestand dieser Ersparnisse ist zu den außerordentlichen Ausgaben der Anstalt zu verwenden.“

Nach längerer Erörterung, in welcher Geh. Rath Germar die Annahme des Antrages der Budgetkommission empfiehlt, Abg. Boedeker seinen Antrag begründet, beschließt das Haus, von der Beschlussfassung über die Anträge der Rechnungskommission zunächst noch abzusehen.

Abg. Boedeker (Zentr.) zieht daraufhin seine eventuellen Anträge im Interesse der Vereinfachung der Abstimmung zurück.

Der Antrag der Budgetkommission wird darauf angenommen.

Der Bericht der Rechnungskommission geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Darauf wird die Berathung des Kultusetats fortgesetzt.

Bei Kap. 121 Tit. 1 „Schullehrer- und Schullehrerinnenseminare“ führt

Abg. Knörde (frk.) aus: Für das Elementarschulwesen ist ja in neuerer Zeit manches Dankenswerthe geschehen, in Bezug auf das Pensionswesen, Alterszulagen u. s. w. Aber das genügt doch noch bei weitem nicht. In Bezug auf Lehrer und Schule ist noch sehr viel zu thun übrig. Trotz des großen Vorsprungs unseres Elementarschulwesens vor anderen Ländern ist in den letzten zehn Jahren doch nicht nur ein Stillstand, sondern zum Theil sogar ein Rückschritt eingetreten. Noch immer fehlt uns ein Schuldotationsgesetz, während Frankreich ein solches bereits besitzt.

Besonders bedenklich ist die Überfüllung der Elementarschulen aus Mangel an Lehrern, der seinen Grund in der schlechten Lage

der Volksschullehrer hat. Nur mit Mühe gelingt es noch, das nötige Lehrermaterial zu gewinnen. Über 46 Proz. der Kinder empfangen den Unterricht in überfüllten Klassen — $\frac{1}{2}$ Millionen davon $\frac{1}{2}$ Millionen in Klassen mit 70—90 Kindern, über $\frac{1}{2}$ Millionen in Klassen mit 90—120, 86 000 Klassen weit über 120 resp. über 150 Kindern. Den 75 000 Schulklassen stehen nur 64 000 Lehrer gegenüber, so daß 11 000 Klassen ohne besondere Lehrer sind. Mehr als 21 000 Klassen oder $\frac{1}{2}$ Millionen Kinder waren unterrichtlich nicht genügend versorgt, während zugleich die Lehrer mehr belastet sind, als es im Interesse der Lehrer und der Schule liegt. Dazu kommt der Mangel an Klassenzimmern; sehr häufig haben mehrere Lehrer nur ein Klassenzimmer zur Verfügung.

Dabei sind die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer immer schlechter geworden. In den Städten sind die Gehälter der Volksschullehrer von 1878—86 von 1414 auf 1279 M. durchschnittlich zurückgegangen. In den Städten war 1886 bei vielen das Durchschnittsgehalt unter 900 M., bei über der Hälfte unter 1200 M., bei nur $\frac{1}{2}$ 1800 M. Auf dem Lande erreichten $\frac{1}{2}$ der Lehrer nur 750 M., $\frac{1}{2}$ hatten nur 1200 und wenige über 1200 M. Im Regierungsbezirk Töslin hatten nur 3,5 Proz. im Regierungsbezirk Posen nur 3,3 Proz. über 750 M. Die Gehälter sind namentlich für ältere Lehrer zu gering, und darum begrüße ich die Erklärung des Ministers, daß bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung der Beamten auch die Lehrer bedacht werden sollen. Man hat ganz verkehrt Maßregeln zur Befreiung der Mittelstände ergreifen, indem man zur Abhilfe gegen die Überfüllung die Klassen teilte, ohne die Lehrer zu vermehren, und die Seminarfächer verkürzte, um dem Lehrermangel abzuholzen. Besonders ungerecht ist die Regelung der Alterszulagen, bei denen das Prinzip der Gleichmäßigkeit in keiner Weise gewahrt ist. Hieraus haben sich solche Missverhältnisse ergeben, daß eine gesetzliche Regelung dringend wünschenswert ist.

Überhaupt sind die so kraß zu Tage getretenen Missstände nur abzustellen durch endliche Vorlegung des uns schon so lange verheißenen Dotationsgesetzes. Seit 6 Jahren hat man uns bereits darauf vertröftet, und es ist nunmehr wahrlich an der Zeit, endlich das Versprechen zur Wahrheit zu machen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Sattler (natl.) wünscht, daß die Lehrer an den Seminarien und Präparandenanstalten im Nachtragsetat den Lehrern in größeren Städten gleichgestellt werden.

Abg. Hesse (Zentr.) führt Klage über die Zurücksetzung der Katholiken in Westpreußen in Bezug auf die Volksschulen. Neue Schulen würden dort zwar anerkannter Weise gebaut, aber nicht im richtigen Verhältnis auf die Konfessionen verteilt. Redner vergleicht zum Belege dessen die Bevölkerungszahlen mit den auf die beiden Konfessionen entfallenden Schulen. Dieselbe Ungleichheit herrsche bei Anstellung der Lehrer, so seien z. B. in drei Jahren 64 evangelische und nur sechs katholische Lehrer angestellt worden. (Hört, hört! im Zentrum.) An vielen Orten, wo die Kinder überwiegend katholisch sind, sei doch der Lehrer evangelisch. (Redner belegt auch diese Ausführung mit Zahlen.) Besonders fränkend sei die Entbindung der katholischen Geistlichen von der Schulinspektion gewesen. Man möge doch endlich den katholischen Schulen ihre berechtigte Lokalschulinspektion wiedergeben, man gebe den katholischen Majoritäten ihre katholischen Lehrer und behandle die katholischen Minoritäten mit gleicher Liebe wie die evangelischen Minoritäten!

Abg. v. Pilgrim (frk.) betont den Mangel an evangelischen Lehrern in Westfalen. Derselbe habe bereits zu großen Abnormitäten im Volksschulwesen geführt. Man müsse auch darauf sehen, daß die Anzustellenden möglichst der Provinz entstammen und in der Provinz seminaristisch vorgebildet seien, und nicht auf das hergelaufene zweifelhafte Nomadenvolk von außerhalb zurückgreifen. Zu dem Zweck sei die Errichtung eines neuen evangelischen Seminars in Westfalen notwendig. Redner empfiehlt im Weiteren, in den Seminarien auch Lehrkräfte für den Handarbeitsunterricht heranzubilden.

Abg. Bachem (Zentr.) führt aus, daß nicht blos in Westpreußen, sondern in allen Provinzen, wenn auch nicht in gleichem Maße, die Zurücksetzung der Katholiken im Volksschulwesen hervorgetreten sei. Im Verhältnis zur Zahl der Schülertypen beider Konfessionen haben die Katholiken 1000 Volksschulen zu wenig, die Evangelischen 3000 Volksschulen zu viel. Vergleicht man die Klassen und Lehrer, so bleiben die Katholiken mit 7000 Klassen und 2400 Lehrer hinter den Evangelischen zurück. In den einzigen Städten tritt das noch prägnanter hervor. So sind z. B. in Königsberg für 428 Schüler nur 2 katholische Lehrer vorhanden. Selbst in der Rheinprovinz seien ähnliche Missverhältnisse vorhanden. Es sei in Westfalen in vielen Gemeinden vorgekommen, daß in ganz katholischen Orten mit einer geringen evangelischen Gemeinde bei einer Schülerzahl von höchstens 40, bis auf 12 herab die betreffenden evangelischen Privatschulen zu öffentlichen Gemeindeschulen gemacht worden seien, während umgekehrt z. B. in Sachsen das Gleiche den Katholiken auch bei Kindertypen von über 100 verweigert worden sei. Das zeuge doch keinesfalls von Toleranz. Wenn die Regierung solchen Gemeinden gegenüber ihre Autorität einsetze, würde es ein Leichtes sein, die Parität wieder einzuführen.

Minister v. Gößler: Ich habe schon im Vorjahr die vorgebrachten Beschwerden widerlegt. Die katholischen Schulen waren in den 20 Jahren soweit zurück, daß es wunderbar genug ist, daß sie das jetzt zum größten Theil bereits eingeholt haben. 1821 entfielen auf 100 000 Evangelische 227 evangelische, auf 100 000 Katholiken nur 140 katholische Lehrer, die Zahl der ersteren hat sich jetzt nur auf 238, die der katholischen Lehrer auf 216 gehoben. Diese Steigerung der katholischen Lehrerzahl ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu bemerken, stets war die Prozentzahl der Zunahme bei ihnen größer, als bei den Evangelischen. Die Toleranz der Katholiken den Evangelischen gegenüber ist auch keineswegs so groß, wie Herr Bachem es darstellt. So z. B. ist es in Sigmaringen nicht gelungen, eine evangelische Schule zu errichten, trotzdem über 100 katholische Schüler vorhanden sind. Jedenfalls darf man nicht von einer Parität seitens der Schulverwaltung sprechen. Wir haben mehrfach versucht, die katholischen Schulen zu öffentlichen zu machen, dieser Versuch scheiterte aber vielfach am Widerspruch des

Bonifaciusvereins oder der Gemeinden, und zu einem Machtkampf habe ich nicht das Recht. Andererseits gibt es über 300 katholische Volksschulen mit ganz geringer Schülerzahl, unter 30, vielfach sogar 20 Schülern. In Westpreußen sind die Verhältnisse durch die Wanderung der katholischen Bevölkerung besonders schwierig geworden. Die deutschen Katholiken werden nirgends zurückgeführt, sondern gerade besonders gefördert, wie z. B. in Oppeln. Auch bei Neubauten sind die katholischen Bauten aus dem Schulbaufonds besonders stark unterstützt worden. 26 katholische Schulen gegen 4 evangelische, und ebenso sind den katholischen Schulen auch sonst erhebliche staatliche Zuschüsse zu Theil geworden.

In Bezug auf den Lehrermangel sind die Verhältnisse bei weitem nicht so schlimm, wie eine gewisse perverse Presse es darzustellen und den Zutritt zum Lehrerstande abzuhalten sucht, um außerhalb der Sache liegende Zwecke zu erreichen. Während in den 70er Jahren mehrere tausend Stellen nicht vorschlagsmäßig dotirt waren, waren 1889 bei 69 135 Stellen nur 993 nicht vorschlagsmäßig dotirt, und nur bei 19 fehlen die Unterrichtskräfte ganz. Das ist doch ein sehr günstiges Verhältnis. Auch in Bezug auf die Klassenüberfüllung ist es viel besser geworden. 1886 waren nur 251 einklassige Schulen mit mehr als 50 Schülern gegen 919 in 1878. Damit ist also ein mächtiger Fortschritt in der Versorgung unseres Volksschulwesens konstatiert. Von 1886—89 sind 4096 neue Lehrerstellen gegründet worden, also jährlich 1633 Stellen, während 1871—86 durchschnittlich jährlich nur 906 neue Stellen gegründet wurden. Mithin hat sich der jährliche Durchschnitt um 68 p.C. gesteigert. Diese Zunahme ist um so erfreulicher, als die Thätigkeit der Schulverwaltung in dieser Beziehung beeinträchtigt wurde einmal durch das Lehrerpersonengesetz und dann durch die Gründung von Schulen in den polnischen Landesteilen. Allein in Folge des Pensionsgesetzes hat die Zahl der pensionierten Lehrer sich um über 2000 vermehrt. Daß auch für die Zukunft eine Gewähr für die Vollbezeichnung der Lehrerstellen geboten ist, beweist der große Andrang zu den Präparanden-Anstalten.

Der Rückgang der Lehrergehälter in den letzten Dezennien, von dem Herr Knörde sprach, ist nur ein scheinbarer. Es beruht zum größten Theil auf der Verschwendartigkeit der Statistik von 1878 und 1886. 1878 wurden zum Gehalt auch alle säkularen Einnahmen, Feuerungsmaterial, Wohnung u. s. w. zugerechnet, während 1886 nur die rein persönlichen Einnahmen gerechnet worden sind. Sodann wurden 1878 auch viele Mittelschulen zu den Volksschulen mitgerechnet. Stellt man das richtig, dann ergibt sich keine Abnahme, sondern teilweise sogar, z. B. in den Städten der Provinz Pommern eine Zunahme des Durchschnittsgehalts. Dazu kommt, daß die Städte in den letzten Jahren eine große Anzahl junger Lehrer neu angestellt haben, die natürlich in die unterste Gehaltsstufe zunächst eintraten. Das hat sehr wesentlich dazu beigetragen, daß das Durchschnittsgehalt der Lehrer herunterging. In den letzten Jahren sind allein 22,5 Proz. solcher jungen Kräfte neu eingetreten. Auch die Klassentheilung mußte mindernd auf das Durchschnittsgehalt einwirken. Die in der Lehrerpresse angeführten Fälle sind sämmtlich untersucht und die Beschwerden nur zum geringen Theil als berechtigt anerkannt worden. Mit besonderer Anerkennung verdient hervorgehoben zu werden, daß in vielen Landesteilen die aus den Schulläden erwachsenen Erleichterungen nicht lediglich zu Gunsten des städtischen Säckels, sondern vielfach zur Aufbesserung der Lehrer verwandt worden sind. Eine weitere Besserung hoffen wir bei der allgemeinen Beamtaufbesserung schaffen zu können. Es ist ja nicht alles schon gut und glänzend, aber auch nicht trostlos, und in einigen Jahren hoffen wir, was Lehrermangel, Überfüllung und Gehälter angeht, noch ein gut Theil bessere Resultate zu verzeichnen zu haben.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) verlangt die Vorlegung eines vollständigen statistischen Materials für die paritätischen Verhältnisse in der ganzen Monarchie, sonst würden die Beschwerden niemals aufhören können. Zu Anfang des Jahrhunderts hat es kein besseres Schulwesen gegeben als im katholischen Münsterlande; daß es im Osten anders gewesen, habe nicht an den Katholiken gelegen. Jedenfalls seien die angeführten Beschwerden in keiner Weise widerlegt und müßten daher voll aufrecht erhalten werden. Vor allem sei nicht widerlegt worden, daß in Schulen mit katholischen Majoritäten evangelische Lehrer angestellt worden seien, das zeige eine gewisse Absicht und beweise, daß die Parität nicht gewahrt sei. Gegenwärtig müßten 150 000 katholische Kinder in protestantische Schulen gehen.

Kultusminister von Gößler erklärt sich bereit, die vorgetragenen Beschwerden genau zu prüfen. Die Zahlen von Herrn Windthorst treffen nicht zu, nur 54 950 katholische Kinder müssen in protestantische, und 25 875 protestantische Kinder in katholische Schulen gehen. Die Parität werde nach Möglichkeit gewährt, auch bei der Anstellung von Lehrern, und es werde immer mehr auf Innehaltung derselben gesehen werden.

Abg. Conrad (Plez Zentr.) führt lebhafte Klage darüber, daß die polnisch redenden Kinder in Oberösterreich den Religionsunterricht nicht in ihrer Muttersprache empfangen.

Abg. Dasbach (Zentr.) hebt in dem von dem Minister angeführten Falle aus Sigmaringen hervor, daß dort die Gemeinde sich bereit erklärt habe, einen Zuschuß von 700 M. zu einer protestantischen Schule zu leisten. Auch sonst beruheten die Ausgaben über Toleranz auf falschen Mitteilungen.

Abg. Gerlich (frk.) bezweifelt die Richtigkeit der Vorabsitzungen, von denen Abg. Hesse für seine Beschwerden ausgegangen sei. Namentlich im Schweizer Kreise sei gerade die katholische Konfession besonders bevorzugt worden. Freilich könne man nicht verlangen, daß der katholischen Konfession eine zu große Chance gegeben wäre, da dort durch die katholische Geistlichkeit die Deutschen vielfach dem Polonismus assimiliert würden. In Driesen sei in zwei Jahren in Folge des Unterrichts durch einen katholischen Lehrer in einer von deutschen Bauern gegründeten Schule es darin gekommen, daß nach zwei Jahren die Schüler nicht mehr deutsch sprechen konnten. In den polnischen Gegenden würden zudem den Polen die katholischen Schulen geradezu aufgezwungen, da die Polen nicht so viel Bildungstrieb hätten, um sich nach

Schulen zu sehnen. Er warne davor, unter dem Deckmantel des Katholizismus die politische Propaganda zu befördern.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Der Titel wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung des Etats auf Montag 11 Uhr.

Schluss 4 Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 22. März, 11 Uhr.

Der Bericht über die Verwaltung der Preußischen Staatsverwerke, -Hütten und -Salinen pro 1888/89 wird nach unwesentlicher Debatte in einmaliger Schlussberathung für erledigt erklärt.

Die Gesetzentwürfe betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, und betr. die Vereinigung der Gemeinde Wiegbold-Dohramp mit der Gemeinde Kirchspiel werden debattierlos genehmigt.

Nach Erledigung verschiedener Petitionen wird die Berathung über die Rentengut-Vorlage fortgesetzt.

Graf Mirbach steht der Vorlage sympathisch gegenüber, erwartet von derselben aber nicht eine Abhilfe der ländlichen Arbeiternot. Zur Besserung der ländlichen Verhältnisse wäre eine Reform der direkten Steuern und eine Revision des Unterstüzungswohnsitz-Gesetzes in Verbindung mit der Freizügigkeit erforderlich. Auch durch Tarifreformen und Aufhebung des Identitätsnachweises müßte der Grundbesitz prästationsfähig gemacht werden. Erst dann könne die akute ländliche Arbeiterfrage gelöst werden.

Frhr. v. Manteuffel befürwortet gleichfalls eine Änderung des Unterstüzungswohnsitz-Gesetzes, wenn man auch die Freizügigkeit ebenso wenig wie das geheime Wahlrecht völlig aufheben könne. Der Zugang der ländlichen Bevölkerung nach den Industriecentren müßte beschränkt werden, schon im Interesse der Wehrhaftigkeit des Staates. Die Gründung kleiner Güter aber werde nur dann etwas helfen, wenn der Staat durch Vorschüsse im Sinne des Kleinsten Antrags schulden freie Ansiedlung beginnstige.

Graf Brühl hebt verschiedene Bedenken gegen die Vorlage hervor, will aber der Tendenz des Gesetzes wegen nicht gegen dasselbe stimmen.

Minister v. Lucius betont die sozialpolitische und wirtschaftliche Bedeutung des Gesetzentwurfs, von dem in erster Linie der Fiskus Gebrauch machen werde, besonders in der Moorkultur. Die durch das Gesetz gewährte Form von Besitzübertragung würde der weiteren Zerstückelung ebenso wie der Zusammenlegung von Grundstücken in gewünschter Weise vorbeugen. Die Beschränkung der Verschuldbarkeit dürfe in das Gesetz nicht hineingebracht werden, da sonst zugleich die Kreditfähigkeit bechränkt werde. Mit den Kommissionsvorträgen könne er sich befrieden, die anderen Anträge bitte er als zu weitgehend ablehnen.

Abg. Struckmann spricht sich für die Vorlage aus, die jedoch durch die zu den einzelnen Paragraphen gestellten Anträge leicht zum Theil verbessert werden könnte. Zu diesem Zwecke wäre nochmals kommissarische Berathung zu empfehlen, die er deshalb beantragt.

Frhr. v. Villamowitz schließt sich diesem Antrage an, da nur so das Gesetz brauchbar gemacht werden könne.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird die Generaldiskussion geschlossen und die Vorlage mit den dazu vorliegenden Anträgen an die um 3 Mitglieder zu verstärkende Kommission zurück verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt,

Schluss 3½ Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 23. März. Wer erwartet hatte, daß nach erfolgtem Personalwechsel die Kanzlerkrise aus der Diskussion verschwinden werde, der mußte in dieser Annahme schon gestern erschüttert werden, als die „Nordd. Allg. Ztg.“ unter Hinweis auf Blätter, die im Anschluß an die kaiserlichen Handschriften an den Fürsten Bismarck von Verfuchsen, denselben zum Bleiben zu bewegen, gesprochen hätten, in scharf pointirter Weise erklärte, daß Versuche dieser Art namentlich seitens des Kaisers überhaupt nicht stattgefunden hätten. Nach dem heutigen Artikel der „N. A. Z.“, der sich auch nur zum Schein gegen den „Hamb. Corr.“ wendet, wird man einer ziemlich unerquicklichen Zeitungspolemik über die Kanzlerkrise entgegensehen müssen. Die „N. A. Z.“ konstatirt auch heute wieder, daß, wenn auch Versuche, den Fürsten Bismarck wenigstens zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu veranlassen, im Staatsministerium nicht gefehlt haben möchten, so doch persönliche Schritte des Kaisers oder einflußreicher Bundesfürsten in dieser Richtung nicht erfolgt seien. Richtig ist diese Nachricht doch nur, insofern sie sich auf die letzten Krisistage bezieht; daß Erwägungen stattgefunden haben, im Sinne einer Beschränkung des Reichskanzlers auf die Leitung der auswärtigen Politik, die indessen bei dem Fürsten Bismarck nicht das gewünschte Entgegenkommen gefunden haben, habe ich bereits vor etwa 8 Tagen aus sehr guter Quelle gemeldet. Dass seit dem 15. der Kaiser oder Bundesfürsten Versuche dieser Art nicht mehr erneuert haben, kann bei der Lage, in der sich die Dinge befanden, weiter nicht mehr überraschen, die entscheidende Frage war eben ohne Zweifel so scharf gestellt, daß von Vermittelung oder Vergleichung nur die Rede sein konnte, wenn die eine der beiden streitenden Parteien sich selbst ins Unrecht setzte. Merkwürdig in dem Artikel der „N. A. Ztg.“ ist die Bestätigung der Annahme, daß die Besprechung des Fürsten Bismarck mit Herrn Dr. Windthorst nicht ohne Einfluß auf die Krise gewesen sei. Die „N. A. Z.“ meint, Fürst Bismarck habe sich nach ihrer Ansicht ohne Zweifel mit Recht geweigert, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle zu unterwerfen. Vielleicht bezog sich der unangenehme Eindruck, den die Konferenz mit Windthorst hervorrief, weniger auf den Verkehr mit Abgeordneten, als auf die Annahme, daß diese Unterredung der erste Schritt sei, um entsprechend den in der „Nordd. Allg. Ztg.“ entwickelten Auffassungen eine Art Bündnis mit dem Zentrum zu Stande zu bringen. Und so scheint man auch auf Seiten des Herrn Windthorst die Sache aufgefaßt zu haben. Wenigstens war in klerikalen Blättern, wir nennen nur die „Köln. Volkszg.“, Anfang dieser Woche ein höchst ergötzlicher Artikel über die Zusammenkunft zwischen Reichskanzler und Windthorst zu lesen, in welchem ohne direkte Bezugnahme auf die Kanzlerkrise die Ansicht ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterschutz-

Gesetzgebung auch ohne und gegen, besser aber mit dem Reichskanzler durchgeführt werden könne. Herrn Windthorst in der Rolle eines Beschützers des Fürsten Bismarck zu sehen, war ein eigenthümlicher Genuss. Das Gefühl der Verbitterung, welches durch den Artikel der Norddeutschen hindurch scheint, läßt auf noch anderes schließen, als daß Fürst Bismarck von gewissen Aeußerungen, z. B. im Kreise der Generale unangenehm betroffen worden sei. Als Anfang voriger Woche die „N. A. Z.“ wieder anfing, in gewohnter Weise gegen die Freisinnung zu Felde zu ziehen, und mehr oder weniger günstige Mehrheiten für den Reichstag zu konstruieren, da war man allerdings in politischen Kreisen der Ansicht, die Kanzlerkrise sei vorläufig wenigstens bis nach der bevorstehenden Reichstagsession vertagt. Vielleicht war das auch die Ansicht des Fürsten Bismarck und hat erst die Unterredung, welche der Kaiser am 15. März mit ihm im auswärtigen Amt gehabt hat und in welcher er ihn zum Bericht über die Kabinetsordre vom Jahre 1852 aufforderte, dem Tafz den Boden ausgeschlagen. Daz im Uebrigen Fürst Bismarck, wie das ja auch anderwärts aus den Parlamentsverhandlungen zur Kenntnis kommt, es den neuen Verhältnissen gegenüber schon seit dem Regierungsantritt desjenigen Kaisers an Zugeständnissen nicht hat fehlen lassen, ist ja zweifellos. Die Unmöglichkeit einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes resultierte auch nicht daher, daß Fürst Bismarck außergewöhnliche Machtbefugnisse besessen oder rücksichtslos gebraucht hätte, sondern sie war die nothwendige Folge von Meinungsverschiedenheiten, über welche dies Mal eine Verständigung zu erzielen, nicht möglich war. Das Verlangen, daß der Ministerpräsident von dem, was einer der Ressortminister dem Könige vorträgt, Kenntniß haben müßt, ist so natürlich, daß eine Beanstandung desselben an sich schon ein Misstrauensvotum ist, dem gegenüber der betroffene Ministerpräsident keine andere Wahl hatte als eben die seines Entlassungsgesuches. Immerhin ist nicht recht ersichtlich, welchen sachlichen Zwecken die Vorführung dieser Erörterungen dienen soll.

Am gestrigen Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst längere Zeit allein und empfing um 10½ Uhr den Oberpräsidenten v. Schleidmann aus Königsberg und gleich darauf den Reichskanzler v. Caprivi. Demnächst begab sich das Kaiserpaar zur Feier des Krönungs- und Ordensfestes nach dem Kurfürstenzimmer, woselbst die königlichen Prinzen und Prinzessinnen bereits versammelt waren. (S. Bericht).

Die Kaiserin Augusta Viktoria empfing am Sonnabend Mittag im hiesigen Schloß den Reichskanzler v. Caprivi.

Die Kaiserin Friedrich empfing am vorgestrigen Nachmittag den Reichskanzler a. D. Fürsten Bismarck und dessen Gemahlin und begab sich alsdann mit den Prinzessinnen Töchtern Viktoria und Margarethe zur Theilnahme an der Familientafel bei den kaiserlichen Majestäten ins hiesige königliche Schloß.

Dem Vernehmen nach gedenkt der Prinz von Wales bis zum 28. d. M. in Berlin zu verbleiben. Wie man hört, folgte derselbe gestern Abend einer Einladung des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck zur Tafel.

Die feierliche Auffahrt der zum Krönungs- und Ordensfeste Geladenen hatte gestern Vormittag, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, Tausende von Zuschauern nach den Linden und dem Lustgarten gelockt; ein großes Aufgebot von berittenen und Schuhleuten zu Fuß sorgte dafür, daß die auf dem Fahrdamm Spalier bildende Menge wenigstens so viel Raum ließ, daß die farbenprächtigen Galawagen, Hofkutschen, Equipagen, Droschen u. s. w., in welchen die Geladenen herankamen, bequem passiren konnten. Unter dem Schlossportal des Kapellenflügels entstiegen die Fürstlichkeiten und geladenen Gäste den Wagen und begaben sich nach dem Kurfürstenzimmer und den benachbarten Gemächern bezw. direkt nach der Schloßkapelle. Im Weißen Saale, den der Königliche Hof auf dem Wege zur Schloßkapelle zu passiren hatte, war bei dieser Gelegenheit die prächtig geschmückte Tafel zu etwa 200 Gedekken durch eine spanische Wand verdeckt, welche unter dem purpurnen Thronhimmel entlang einen breiten Gang abgrenzte. An den Saalthüren hielten Gardes du Corps, an der Kapellenthür Krongardisten die Wache; 28 Pagen bildeten auf der teppichbelegten Marmortreppe, welche zur Kapelle führt, Spalier.

Kurz nach 12 Uhr nahte der königliche Hof. Voran schritt das Kaiserpaar; der Kaiser trug große Generalsuniform mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens, die Kaiserin ein weißseidenes Schleppkleid, dessen Taille und Schleppe reich mit Blaufuchspelz garniert war, Haar, Hals und Busen strahlten im Glanze des Brillantschmuckes, und über die Brust zog sich das breite orangefarbene Band des Ordens vom Schwarzen Adler. Hinter dem Kaiserpaar schritt der Prinz von Wales ebenfalls in preußischer Generalsuniform und mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens; derselbe führte seine erlauchte Schwester, die Kaiserin Friedrich, welche ein schwarzes Schleppkleid trug. Als drittes Paar folgten der Großherzog von Baden mit der Prinzessin Friedrich Karl, als viertes Prinz Georg von England mit der Prinzessin Victoria u. c. Während des etwa einstündigen Gottesdienstes wurde die spanische Wand im Saale entfernt und die Tafel hergerichtet. Kurz vor 1 Uhr öffneten sich die Flügelthüren der Schloßkapelle, und die Majestäten, gefolgt von ihren fürstlichen Gästen und dem Hoffstaat, begaben sich in derselben Reihenfolge durch den Weißen Saal zurück nach der Brandenburgischen Kammer bezw. nach dem Rittersaal. Es währte wohl zwanzig Minuten, ehe der schier endlose Zug der zum Ordensfest Geladenen die Kapelle

verlassen und im Weißen Saale resp. den anstoßenden Gemächern an den Tafeln Platz genommen hatte.

Unter den an der Haupttafel placirten Gästen befanden sich mehrere Unteroffiziere, ein Armee-Gendarm, ein Gefreiter, ein Schützmann und mehrere Zivilisten. An der Marschallstafel saßen zahlreiche Unteroffiziere, Post- und Steuerbeamte, Feuerwehrleute, Lakaien u. c. Von den anwesenden Hofgeistlichen, Oberhof- und Domprediger Kögel und Hofs prediger Schrader und Stöcker, war nur dem Erstgenannten ein Platz im Weißen Saale angewiesen. Die kaiserlichen Prinzen blickten mit ersichtlichem Wohlgefallen von der Diplomatenloge des Weißen Saales aus auf das hunte Treiben hinab, und als kurz nach 1¼ Uhr die Kapelle des 3. Garde-Regiments zu Fuß mit dem Kavallerie-Parademarsch (Armeemarsch Nr. I) die Tafelmusik eröffnete, da erhob der jüngste Prinz das nackte Hemdchen und schlug wohlgefällig den Takt dazu. An der Tafel nahm die Kaiserin Friedrich nicht Theil; der Prinz von Wales führte die regierende Kaiserin zur Tafel, ihm folgte der Kaiser mit der Prinzessin Friedrich Karl; beide Fürsten saßen bei Tafel unmittelbar neben einander und führten zeitweise eine recht lebhafte Unterhaltung, deren Gegenstand zunächst augenscheinlich der große Tafelaufzatz, das Geschenk der Stadt, bildete. Ihnen gegenüber saßen der englische Botschafter, Sir Mallet, der Reichskanzler v. Caprivi, der österreichische, italienische, russische u. c. Botschafter. Nach dem Braten erhob sich der Kaiser, klopfte an sein Glas und brachte mit den kurzen Worten: „Ich trinke auf das Wohl der neuen Ritter“ einen Toast aus. Die Gläser klirrten aneinander, und die Musik fiel mit einem Tusch ein. Eine Viertelstunde später erhob sich der Kaiser und gab damit das Zeichen zum Aufbruch. Die glänzende Tafelrunde schloß sich dem königlichen Hofe an. Draußen harrten wieder Tausende der Absfahrt der fristlichen Herrschaften.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, ist gegenüber den mannsfachen Meldungen über in dem Staatsministerium angeblich bevorstehende Personalveränderungen darauf hinzuzulegen, daß aus Anlaß des Entlassungsgesuches des Fürsten Bismarck die übrigen preußischen Ressortminister zwar Sr. Majestät ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben, daß von diesem Erbieten aber nach keiner Richtung Gebrauch gemacht ist. Vielmehr ist dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, daß auch in Zukunft der Krone die Kräfte der Minister erhalten bleiben.

Über die bereits gemeldeten Ruhestörungen in Köpenick geht der „Nat.-Ztg.“ von dort noch folgender Bericht zu: Freitag früh 5 Uhr ist die 8. Compagnie des Leib-Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenburgisches Nr. 8) aus Frankfurt a. O. hier eingetroffen. Ein Theil der gestern hier angelkommenen fremden Sozialdemokraten hat sich heute in der Umgegend zerstreut. Wie verlautet, sollen von Stralau und Rummelsburg neue Massen anrücken, dieses Gerücht ist jedoch nicht verbürgt. jedenfalls sind umfassende militärische Vorkehrungen getroffen. Die Lokale müssen um 6 Uhr schließen. Landrat Stubenrauch, der heute hier war, hat dem Regierungspräsidenten und dem Minister des Innern telegraphische Berichte über die Vorgänge vom Donnerstag gesandt, worauf bestimmte Weisungen über die weiteren Maßnahmen erfolgten. Als mutmaßlicher Mörder des Gendarmen Müller ist, wie bereits gemeldet, der Tischlergeselle Biene verhaftet worden. Derselbe ist heute in Gegenwart eines Vertreters der Staatsanwaltschaft vom Landgericht II verhört worden. Es hat sich herausgestellt, daß der Gendarm Müller in unerhörter Weise überfallen wurde. Als er das oft genannte Weber'sche Haus betrat, d. h. in der Thürfüllung erschien, wurde er in den Hausschlüssel gezogen, während von der Treppe her ein Schuß auf Müller abgegeben wurde, überfiel ihn ein Zweiter mit einem Dolchmesser, brachte ihm mehrere Stiche in den Nacken und Schulterblatt bei, wobei auch das linke Ohr abgetrennt wurde. Die Revolverkugel hat den Kopf vom linken Auge abwärts gehend durchbohrt und ist im Rücken wieder herausgekommen. Darauf entstand zuerst die Vermuthung, daß er von zwei Kugeln getroffen worden sei. Verhaftungen von Arbeitern sind in größerer Zahl vorgenommen worden. In den Straßen der Stadt herrschte im Laufe des Tages Ruhe. In der Spindlerschen Fabrik bei Köpenick, aus deren zahlreichem Arbeiterpersonal sich vorzugsweise die Tumultuanten rekrutieren sollen, wurde bereits am Mittwoch ein Plakat angeschlagen, in welchem die Arbeiter vor Beteiligung an den Straßenkämpfen gewarnt und mit sofortiger Entlassung bedroht wurden. Leider hat diese Warnung ebenso wenig genutzt, wie die wiederholten Appelle und Bekanntmachungen des Bürgermeisters Borgmann.

Aus der Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands theilen wir noch das Folgende mit:

Im Betriebsjahr 1888/89 betrug auf den preußischen Staatsbahnen die Anzahl der beförderten Personen (in runder Summe) in der I. Klasse: 1 061 000; in der II. Klasse: 20 872 000; in der III. Klasse: 111 730 000; in der IV. Klasse: 70 348 000. Hierbei sind nicht mitgezählt die auf Requisitionsscheine und Militärbillets beförderten Militärpersonen, deren Anzahl 3 844 000 betrug. Die Gesamtsumme der beförderten Personen belief sich auf 207 857 000 gegen 191 675 000 im Vorjahr. Die vorhandenen Plätze wurden ausgenutzt mit 24,72 Proz. Jede Personewagenachse war durchschnittlich besetzt mit 4,78 Personen. — Auf 1 Personenkilometer betrug das Personengeld in der I. Klasse 8,01 Pf., in der II. Klasse 5,30 Pf., in der III. Klasse 3,33 Pf., in der IV. Klasse 2,10 Pf. bei der Militärbeförderung 1,53 Pf.

Die Einnahme aus der Personenbeförderung (ausschl. der Gepäck- und Nebeneinnahmen) betrug auf 1 Kilometer durchschnittliche Betriebslänge 8453 M. gegen 8221 im Vorjahr. Zur Vergleichung bemerkten wir, daß in dem Betriebsjahr 1888/89 vereinnahmt wurden bei den sächsischen Staatseisenbahnen 10 346 M., bei den badischen Staatseisenbahnen 9402 M., bei den württembergisch

Staatsseisenbahnen 6610 M., bei den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen 6585 M., bei den bayerischen Staatsseisenbahnen 5936 M., bei den oldenburgischen Staatsseisenbahnen 4611 M. Nach dieser Übersicht nehmen die preußischen Staatsseisenbahnen die dritte Stelle ein. — Die Güterbeförderung gegen Frachtberechnung belief sich bei den preußischen Staatsseisenbahnen (in runder Summe) auf 127 417 000 Tonnen gegen 113 372 000 im Vorjahr, und die Einnahme (ausschl. der Nebenerträge) betrug auf 1 Kilometer durchschnittliche Betriebslänge 23 803 M. gegen 22 566 M. im Vorjahr. In demselben Betriebsjahr 1888/89 wurden ver-einnahmt bei den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen 23 865 M., bei den sächsischen Staatsseisenbahnen 21 898 M., bei den badischen Staatsseisenbahnen 17 237 M., bei den bayerischen Staatsseisenbahnen 13 958 M., bei den württembergischen Staatsseisenbahnen 12 564 M., bei den oldenburgischen Staatsseisenbahnen 7270 M. Die preußischen Staatsseisenbahnen nehmen somit bei den erwähnten Einnahmen aus dem Güterverkehr die zweite Stelle ein.

Der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, hat ein zweites Rundschreiben an den Klerus seiner Diözese über dessen Aufgaben in der Arbeiterfrage gerichtet. Er empfiehlt außer der Pflege des religiösen Lebens die Gründung von Kleinkind-Bewahranstalten, Vereinen von Arbeitern und Arbeiterinnen, Haushaltungsnähshäusern, Sparkassen und besonders die Fürsorge für jugendliche Arbeiter.

Brandenburg. Bei der Nachwahl zum Reichstag erreichte in den beiden Städten Brandenburg und Rathenow der Sozialdemokrat Ferdinand Ewald 4528 St., Hermes (freil.) 2751, Mezenthen (kons.) 1370 Stimmen. Eine Stichwahl zwischen Hermes und Ewald ist wahrscheinlich. Am 20. Februar war ebenfalls eine Stichwahl zwischen Rickert (freil.) und Ewald (Soz.) notwendig, in der Rickert mit 500 Stimmen Mehrheit siegte.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses beriet vorgestern Abend den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung und Verstärkung des Staats-Eisenbahns. Das Referat erstattete der Abg. v. Jagow. Zu § 1 wurden bewilligt 3 070 000 Mark zum Bau einer Eisenbahn von Mohrungen nach Wormsdorf, 1 420 000 M. von Lublinitz nach Bisowsta (Petition abgewiesen), 1 500 000 M. von Kosel (Stadt) nach Polnisch-Neufisch, (Petition auf Weiterbau wurde der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen), 3 045 000 M. von Striegau nach Malsch (Petition der Stadt Neumark abgelehnt) 6 960 000 M. von Rogasen nach Drazig (Kreis), 3 700 000 M. von Goldberg nach Löwenberg, 3 700 000 M. von Goldberg nach Merzdorf, von Kales nach Wulfow-Arnswalde 8 150 000 M. (Petition der Stadt Saatzig wurde der Staatsregierung als Material überwiesen), 600 000 Mark von Swinemünde nach Heringsdorf (Petition der Stadt Swinemünde wird der Staatsregierung als Material überwiesen), 3 270 000 Mark von Preisch nach Gelenburg, 3 340 000 Mark von Zeitz nach Hamburg, 3 000 000 Mark von Deuben nach Sorbetha (Petition der Staats-Regierung als Material überwiesen), 2 170 000 M. von Schleitau nach Schaffstädt und Abzweigung von Lauchstädt nach Merseburg (Petition der Stadt Merseburg abgelehnt), 595 000 M. von Hirschleben nach Tettau, 1 640 000 M. von Langensalza nach Grafschaft und von Döllstädt nach Walsleben oder einem in der Nähe belegenen Punkte der Linie Nordhausen-Erfurt, 1 734 000 Mark von Georgenthal nach Friedrichroda — an Stelle der im zwischen Preußen und Sachsen-Gotha abgeschlossenen Staatsverträge vorgefehneten Eisenbahn von Georgenthal nach Schnepfenthal und schließlich 2 150 000 Mark von Ilzenburg nach Harzburg.

Militärisches.

= Die in Folge der Neuformationen am 1. April er. notwendig werdenden Veränderungen bei der Intendantur werden bereits im letzten „Mil.-Wochenbl.“ veröffentlicht. Zum Militär-Intendanten des XVII. Armeekorps ist der Militär-Intendant K. und vom II. Armeekorps ernannt. Mit Wahrnehmung der Intendantenstelle beim XVI. Armeekorps ist der Intendanturath Zielitz vom XV. Armeekorps betraut. Ferner sind u. A. verjezt der Intendanturath Billhardt, Vorstand der Intendantur der 2. Garde-Infanterie-Division zum XVI. Korps, der Intendanturath Fosz, Vorstand der Intendantur der 1. Garde-Infanterie-Division zum XVII. Korps, der Intendantur-Assessor Kern vom III. Korps als Vorstand der Intendantur der 35. Division zum XVII. Korps, der Intendanturath Kriesen vom Gardekorps zum VII. Korps und der Intendanturath Braune vom VII. zum Gardekorps.

Witterungsbericht

für die Woche vom 24. bis 31. März.

(Nachdruck verboten.)

(D.-R.) Wie schnell selbst folgen Schwere Ereignisse der Vergangenheit verfallen, lehrt unter andern Beispiele die Samoa-Katastrophe; sie fand genau um die jetzige Zeit der Aequinotial-stürme statt. Die Besonderheit des kräftigeren Auftretens der diesjährigen Frühjahrs-Hochfluth in der gemäßigten Zone dürfte hauptsächlich dem Umstände zuzuschreiben sein, daß diesmal ein Neumond anstatt eines Vollmondes, wie im vorigen Jahre, bei dem in Rede stehenden Witterungsvorgange zur Geltung kam. Die in einer Kritik über das vorjährige Wetterglück von Herrn Privatdozent am Berliner Polytechnikum Dr. H. Servus aufgestellte Behauptung, das Barometer sei zur Vorausbefestigung solcher Witterungs-Erscheinungen ein völlig ungeignetes Instrument, weiszählt man zum Photographieren der Sonne greifen müsse, wurde sehr bald als eine irrtümliche gekennzeichnet. Der Kapitän des von Samoa nach Sidney entkommenen englischen Dampfers hat nämlich ausdrücklich befunden, die Barometer hätten den Orkan zeitig genug angekündigt gehabt, aber Niemand habe an die Gefahr geglaubt. Letzterem Vorwurfe müssen wir noch hinzufügen, daß Herr Rudolf Falb jenen 17. März genau ebenso als einen sehr kritischen Tag bezeichnet hatte, wie diesmal den 20. März, der die furchtbaren Überschwemmungen über Italien heraufführte. — Als Nachwirkung der jetzigen Neumonds-Hochfluth dürfte bis zum 27. d. M. dem Vorabend des ersten Mondviertels, noch ziemlich veränderliche Witterung, dann aber und zwar namentlich während der Tage um den Palmsonntag anhaltend trockenes und frisches Wetter bei frischem Winde sich einstellen.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 22. März. Der Verkehr im Waarenhandel war auch in der vergangenen Woche lebhaft und kam es besonders in Kaffee und Schmalz zu größeren Umsätzen.

Altaliere. Pottasche inländische, fest, 19,50—22,50 M. nach Qualität u. Stärke gefordert, prima Kasan Ioko 18 M. verft. gef., Soda fälschliche Tenantsche fest, 7 M. tr. gef., Deutsche cryst. 3,35 Mark in Säcken gef.

Kaffee. Die Zufuhr betrug 4950 Ztr. vom Transitorialer gingen 1800 Ztr. ab. Nach der überstürzten Preistreiberei an den Terminmärkten während der letzten Wochen ist jetzt eine natur-

gemäße Ruhe eingetreten. Preise konnten sich nicht mehr voll behaupten und schließen Newyork $\frac{1}{4}$ c. Havre 5 Ztr., Rio 100 Reis niedriger und Santos unverändert. Auf effektive Waare haben die Schwankungen an den Terminmärkten keinen Einfluß gehabt, die Notirungen hierfür sind ganz unverändert geblieben. An unserm Platze herrscht gute Meinung für den Artikel, der Abzug nach dem Lande bleibt recht befriedigend. Der Markt schließt ruhig aber sehr fest. Notirungen: Plantagen Ceylon und Delli-cherries 111—115 Pf., Java braun und Menado 112—119 Pf., do. fein gelb bis ff. gelb 106—109 Pf., do. blank bis blau gelb 104 bis 105 Pf., do. grün bis fein grün 102—104 Pf., Guatemala blau bis ff. blau 103—108 Pf., do. bläulich 99—100 Pf., do. grün 97—98 Pf., Campinas superior 93—95 Pf., do. gut reell 89—90 Pf., do. ordinär 76—83 Pf., Rio superior 91—92 Pf., do. gut reell 86 bis 87 Pf., do. ordinär 76—81 Pf. Alles transito.

Fettwaren. Baumöl ist hier ruhig, Italienisches 43,00 M.

tr. gef., Malaga 42 Mark tr. gef., Baumwollensamenöl ist in England höher, hier fest, 26 M. verft. gef., Speiseöl 62—75 M. tr. gef.

Palmöl war in Liverpool in besserer Stimmung und Preise sind gestiegen, hier ist die Forderung für Lagos 25,00 M. verft.; Palmernöl fest, 24 M. gef.; Cocosnussöl ist in London lebhaft gefragt und steigend, hier sind Preise noch unverändert, Cochin in Orhosten 32 M., in Pipen 30,50 M. verft. gef.; Ceylon in Orhosten 29 M., in Pipen 28 M. versteuert gef.; Talg erfreute sich an den auswärtigen Märkten wieder besserer Frage und sind die Preise höher; hier ist der Artikel auch fest. Prima Petersburger gelber Lichter 37 M. verft. gef., do. weißer Seifen 36,50 M. verft. gef., Australischer Talg 28—31 M. verft. nach Dual. gef., Newyork City 26 M. versteuert gef., Olein, inländisches 25 M. gefordert; Schmalz war während des größeren Theils der verfloßenen Woche etwas billiger läufig, doch trat gegen Schluss eine kleine Besserung ein, Fairbank 30,50 M. trans. gef., Armour 30,50 M., Western Steam 33,50 trans. gef., Thran ruhig, Kopenhagen Robben 27 M. verft. gefordert, Berger Leber brauner 19 M. versteuert geford., hellblauer 25 M. verft. gefordert. Leinöl bleibt in England andauernd steigend; hier ist der Artikel auch sehr fest, für Englisch wurde zuletzt 26,75 Mark per Caja ohne Abzug bezahlt und wird ferner auf 27,25 M. versteuert gehalten. Gewürze. Pfeffer rubia, schwarzer Singapore 62 M. trans. gef., weißer Singapore 1,02 M. trans. gef., Piment, prima Jamaica 35 bis 37 M. nach Qualität trans. geford., Cassia lignea 53 M. verft. gef., Lorbeerblätter, stielfrei 18 M. verft. geford., Cassia flores 83 Pf. verft. gef.; Macisnusse 3,50—4,00 M., Macis-Blüthen 4,25 M. gefordert, Caneblt 1,05—1,80 M., Cardamom 3—4 M., Nelken 80 M. Alles versteuert.

Harz fest, good strained 4,25 M. gef., helles 4,70—6 M. nach Qualität gefordert, Französisches 6 bis 7 M. nach Qualität gef. Heringe. Die Eröffnung der Binnenschiffahrt hatte auch in dieser Woche bedeutende Wasserentladungen und damit zugleich eine starke Lichtigkeit der hiesigen Heringsbestände zur Folge. Außerdem verließ das Blatzgeschäft ruhiger, so daß größere Umsätze nicht zu verzeichnen gewesen sind. Von Schottland traf eine Dampferladung diesjähriger Winterfangheringe ein, wovon aber bisher nur wenig umgegangen ist; gefordert wird für Crownfulls 32 M., ungestempelte Wollheringe 28—30 M. Preise für 1889er Schotten sind unverändert. Crownfulls Nordische 38 bis 38½ M., Paf 38½ bis 39 M., Crownmatties 18—21 M., für Medium Fulls 20—25 M., Crownthens 17 M., Crown mixed 15½—16½ M. unversteuert bez. u. gef. Für Norwegische Heringe hält die Frage gut an und Preise sind voll behauptet: Kleinfallenden KKK benötigt 23—26 Mark, KK 20 bis 22 M., K 15 bis 18 M., MK 12—14 M. unverft. Schwedische Heringe geben befriedigend ab, ohne daß Preise eine Aenderung erfahren hätten; bezahlt wurde für Fulls 22 bis 25 M., Medium Fulls 19—22 M., Tholen 10—14 M. unversteuert. Mit den Eisenbahnen wurden vom 12. bis 18. März 2789 Tonnen Heringe versandt, mithin beträgt der Total-Bahnabzug vom 1. Januar bis 18. März 59 507 Tonnen, gegen 53 806 Tonnen in 1889, 46 400 Tonnen in 1888, 50 334 Tonnen in 1887 und 68 599 Tonnen in 1886 bis zur gleichen Zeit.

Metalle. Schottische Warrants sind heute auf 51 s. 3 d. gestiegen, ebenso Englische Warrants. Verhüttungseisen bleibt knapp und Preise halten sich hoch. Die Läger von Roheisen sind gleichfalls zusammengezahlt und Schottische Brände haben sich ganz geräumt; da neue Zufuhren schwerlich vor Anfang April hier eintreffen werden, sind Preise noch unverändert fest. Die Hochofenbesitzer halten mit Verkaufen ganz zurück. Notirungen hier vom Lager: Englisches III 7,80 bis 8,50 M., Stabeisen 22,50 M., Eisenbleche 25 bis 28 M., Inländisches Blei 32 M., Spanisches do. 37 M., Banca-Zinn 212 M., Australisches 210 M., Zinkbleche 55 bis 56 Mark, Rohzupfer 115 M., Kupferbleche 145—160 Mark. Alles per 100 Kilo.

Betroleum. Das Geschäft nahm einen ruhigen Verlauf, da mit der vorrückenden Jahreszeit auch der Konsum allmählig abnimmt, Preise haben sich indessen nicht verändert, und ist loto mit 11,90 Mark verft. bezahlt.

Steinsalz. Der Import betrug 3400 Ztr. Bei fester Marktlage und regelmäßigen Geschäft sind Preise unverändert geblieben. Notirungen: Java Tafel 30—28 M., Japan 21—14,50 M., Batna und Rangoon Tafel 18 Mark, Rangoon und Arracan 14—11 M., do. ordinair 10,50—10 Mark, Bruchkreis 9,50 M. trans. gefordert.

Russischer Säe-Leinamen. Der Abzug darin ist nach Versorgung zur Frühzeit stiller geworden, die Vorräthe werden aber auch schon klein, Forderungen noch dieselben. Bernauer per Tonne 25½ M., Rigaer in Tonnen 22½ M., per Sac 21½ M.

Sardellen ohne Veränderung, 1885er 96 M. per Anker gefordert, 1887er 99 M. per Anker geford., 1888er 96 M. per Anker gefordert.

Steinkohlen. In Folge des neuen Streiks in den schottischen Gruben sind die Vorräthe an den schottischen Märkten stark zusammengezahlt. Preise sind hier fest und dürfen sich, so lange neue Zufuhren von Belang nicht eintreffen, auch voll iibehaupten. Notirungen bei Kahnladungen: Große Schotten 54—56 M., Ryhope Peas 58 bis 60 Mark, Smalls 43—44 Mark nach Qualität per Last gefordert, Schlesische Kohlen 95—100 Pf., Böhmisches Kohlen 70—80 Pf. per Ztr. gefordert.

Südfrüchte. Rosinen mehr gefragt und höher, prima Bourla Clemé in Kisten 20,50 M., in Säcken 20 M. trans. vorjährige prima Bourla in Kisten 15,50 Mark trans. geford.; Corinthen steigend, neue Cephalonia 22,75 M. verft. gef., vorjährige in Fässern 20 M., in Süden 17,50 M. verft. gef.; Mandeln füll, Arola 98 M. verft. gef., Jordan 90 Mark versteuert geford. Allicante 97 M. verft. gef., Bari 92 M. verft. gef., bittere Narbonne 98 M. verft. gef., Provence 99 M. verft. gef.

Syrup ohne Veränderung, Englischer 14,50 Mark trans. gef., Randis-Syrup 10—9,50 M. nach Qualität gef., Stärke-Syrup 9,50 Mark gefordert.

Zucker. Rohzucker. Nachdem im Laufe der Woche mattre Stimmung vorherrschend war, hat sich der Markt am Schluss wieder befestigt; gehandelt wurden 20 000 Ztr. zu 16,65. Raffinaden haben guten Abzug.

— **u. Schwurgericht.** Die öffentliche Ausloosung der Geschworenen für die am 28. April d. J. hier selbst beginnende dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode hat am vergangenen Sonnabend Mittags um 12 Uhr im hiesigen Landgerichtsgebäude stattgefunden.

n. **Chanturnen.** Das am Schlusse des Schuljahres übliche Chanturnen, das diesmal den öffentlichen Prüfungen in den südlichen Schulen vorausging, begann am vorigen Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, mit der Vorführung der Kanabn-Abtheilungen. Von den Kanabn der städtischen Schulen, die bis einschließlich der dritten Klasse Turnunterricht empfangen, turnten die ersten Klassen und von dem Realgymnasium die Vorturner. Jeder Abtheilung waren 20 Minuten zugewiesen, in welcher Zeit Freiübungen, Ordnungsübungen und Geräteturnen vorgeführt wurden. Die Übungen der einzelnen Abtheilungen waren nach dem Prinzip vom Leichten zum Schweren ausgewählt. Mit frischem Geiste erfolgte der Ein- und Ausmarsch der einzelnen Abtheilungen; auch die Ordnungsübungen wurden zum Theil mit Gesang ausgeführt. Im Einzelnen nahm das Chanturnen der Kanabn den folgenden Verlauf: Die erste Klasse der dritten Stadtschule, Turnlehrer Herr Förster, führte nach den Freiübungen als Ordnungsübungen die militärischen Übungen des Schwenkens, Aufmarschirens und Abbrechens in Riegen und Zügen vor und turnte sodann an der Schrägleiter. Ihr folgte die erste Klasse der vierten Stadtschule, Turnlehrer Herr Reiche. Die Freiübungen dieser Abtheilung wurden hauptsächlich aus der kleinen Kniebeuge ausgeführt; die Ordnungsübungen bestanden in einem funktionsvollen Aufmarsche und als Gerät war Barren gewählt. Mit der ersten Klasse der 5. Stadtschule turnte Herr Kowald. Den Freiübungen lagen der Ausfall- und Auslageritt zu Grunde. Diese Abtheilung lieferte mit der fehlerfreien Ausführung des Reitens: „Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd“ den Beweis, daß der Reiten auch im Angenturnen eine willkommene Abwechslung bilden kann. Zuletzt nahm die Abtheilung Tieffsprung vor. Es turnte demnächst Herr Witte mit der I. Klasse der Bürgerschule. Die durchweg achtzehn Freiübungen und ein schwieriger Reigen wurden mit dem kurzen Eisenstab vorgeführt, worauf die Abtheilung an die Kletterstangen ging. Die Freiübungen der I. Klasse der Mittelschule, welche Herr Höhmann leitete, waren sogen. „Gemeineübungen an langen Eisenstangen“, d. h. je fünf Kanabn handhabten eine 3½ Meter lange und 25 Pfund schwere Eisenstange. Diese bereits eine größere körperliche Kraft beanspruchenden Übungen, wurden unseres Wissens hier zum ersten Male gezeigt und gefieLEN allgemein. Den Schluss des Chanturnens am Sonnabend bildete hierauf das Turnen der Vorturner des Realgymnasiums unter der Leitung des Herrn Oberturnlehrers Kloß. Dieses Turnen zerfiel in Riegenturnen und Kürturnen am Barren. Mit beruhigender Sicherheit führte die Schaar jugendstarke Leute die schwierigsten Übungen aus, die auch nicht einem misslangen. Der Gesamteindruck, den die zahlreichen Zuschauer am Sonnabend empfingen, war ein sehr günstiger. Das frische und flinke Wesen der Turner, die Sicherheit und Präzision bei der Ausführung aller Übungen lieferen den erfreulichen Beweis, daß das Schulturnen in Posen eine gute Stätte gefunden hat, und daß die Turnlehrer mit vielem Verständniß, aber auch mit großer Lust und Liebe für die Sache eintreten. — Das Chanturnen der Mädchen-Abtheilungen hat heute Nachmittag stattgefunden. Ein ausführlicher Bericht darüber folgt.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Gorzelice: am 23. März 1,84 Meter, am 24. März 1,68 Meter.

Handel und Verkehr.

** Tarifwesen. Vom 15. d. J. ab wird versuchsweise und jederzeit widerruflich für die Beförderung von Schweinen in Wagenladungen, welche von den in der Provinz Posen und Schlesien gelegenen Stationen der Direktionsbezirke Berlin, Breslau und Bromberg nach dem Schwarzviehmarkt in Oppeln aufgeliefert werden, eine Ermäßigung von 50 Proz. der tarifmäßigen Fracht gewährt. Die gleichen Ermäßigungen genießen diejenigen Schweineentsendungen in Wagenladungen, welche nachweislich einer Bescheinigung der Postverwaltung zu Oppeln auf dem Oppeler Markt unverkauft geblieben sind und nach der ursprünglichen Versandstation bzw. nach einer zwischen dieser und Oppeln belegenen anderen Station zurückgeführt werden.

** Breslauer Straßenbahn. Die Generalversammlung der Breslauer Straßenbahn genehmigte die Bilanz und die Vertheilung von 6 Proz. Dividende pro 1889. In der an die Generalversammlung sich unmittelbar anschließenden Auffichtsratsitzung berichtete die Direktion, daß die Aussichten für das laufende Jahr günstige seien.

** Stettiner Straßen-Eisenbahn. Die am 22. d. M. stattgehabte Generalversammlung hat der Verwaltung die Decharge ertheilt und die Dividende pro 1889 auf 2 Proz. festgelegt. Die nach dem Turnus ausscheidenden Auffichtsrats-Mitglieder wurden wieder gewählt und beschlossen, an Stelle von 6000 M. die Auslösung von 20 000 M. Obligationen zum nächsten Zinszahlungstermine vorzunehmen.

** Neue Berliner Omnibus- und Packefahrt-Aktiengesellschaft. Wie von zuständiger Seite mitgetheilt wird, ist die Dividende der Neuen Berliner Omnibus- und Packefahrt-Aktiengesellschaft für das am 31. d. M. endigende Geschäftsjahr auf 10 Proz. zu schätzen.

** Wars

ware 70—75 M., mittel 45—55 M., gering abwärts bis 25 M. Bei Detailverkäufen und Ziel 5, vereinzelt 10 M. mehr. Lagerinhaber zeigen eine Zurückhaltung im Verkauf.
Leipzig. 22. März. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 4,95 M., per April 5,00, per Mai 5,00, per Juni 5,00, per Juli 5,00, per August 5,00, per September 5,00, per Oktober 5,00, per November 4,97½, per Dezember 4,97½. — Umjahr 150 000 Kilogramm. Stetig.

Marktberichte.

Berlin. 22. März. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Mäßige Zufuhr. Langsamer Handel zu alten Preisen. Wild und Geflügel. Geschäft still. Wildschweine bleiben begehrte. Waldschnecken noch sehr knapp. Geflügel unverändert. Fische. Sehr große Zufuhr in Hechten, Seefische knapp. Preise niedrig, russische Ware kaum zu verwerthen. Butter. Feine Marken ruhig, frische Landbutter gefüllt. Fleisch. Rindfleisch Ia 52—56, IIa 44—48, IIIa 38—42, Kalbfleisch Ia 55—63, IIa 40—52, Hammelfleisch Ia 48—55, IIa 42—48, Schweinesfleisch 54—62, Bafonier do. — M., russisches do. 50—56 M., dänisches 55—56 M. per 50 Kilo.

Gerauchtes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 75—90 M., Speck ger. 60—70 M. per 50 Kilo.

Wild. Rehwild Ia —, Wildschweine 0,40 bis 0,60 M. per ½ Kilogr.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,50—4,50 M., Birkenhähne 1,80—2,00 M., Wildenten 1,50—2,00 M., Seeenten 0,40—0,50 M., Schneehühner 0,70—1,00 M.

Zahmes Geflügel, leb. Junge Gänse 6—6,60 M., Enten 2,00 bis 3,00 M., Puten 4,50—6,00 M., Hühner, alte 1—1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50—0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilo 42—48 M., Bander klein — M., Barbe 57—58 M., Karpfen, gr. 52 M., do. mittelgr. — M., do. kleine 56—59 M., Schleie 82 M., Bleie 32—33 M., Aal 38—40 M., bunte Fische (Plöße etc.) 16—23 M., Aale — M., do. mittelgroße 110 M., do. kleine — M., Krebs, große pr. Schok — M., mittelgr. 4—6 M., do. kleine, 10 Centimeter, 2,25—2,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 104—110 M., IIa. 98 bis 103 M., schlesische, pommerische und posensche Ia. 102—105 M., do. do. IIa. 98—103 M., ger. Hofbutter 87—95 M., Landbutter 80—90 M. — Eier. Hoch prima Eier 2,70 M., Kalfeier — M. per Schok netto ohne Rabatt.

Marktpreise zu Breslau am 22. März.

| Feststellungen der städtischen Markt- Deputation. | gute | | mittlere | | gering. Waare | |
|---|---------------|-----------------|---------------|-----------------|---------------|-----------------|
| | Höch- ster | Nie- drigst. | Höch- ster | Nie- drigst. | Höch- ster | Nie- drigst. |
| | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| Weizen, weißer | 18 90 | 18 70 | 18 30 | 17 90 | 17 30 | 16 80 |
| Weizen, gelber | pro | 18 80 | 18 50 | 18 20 | 17 80 | 17 20 |
| Roggen | 17 10 | 16 90 | 16 70 | 16 40 | 16 20 | 16 — |
| Gerte | 100 | 18 — | 17 30 | 15 80 | 15 30 | 14 30 |
| Hafer | Kilogr. | 16 60 | 16 40 | 16 20 | 16 — | 15 80 |
| Erbsen | 18 — | 17 50 | 16 50 | 16 — | 15 — | 14 50 |
| Raps, per 100 Kilogramm, | 28,40 | — | 26,40 | — | 24,90 | Mark. |
| Winterrüben | 28,— | — | 26,40 | — | 24,80 | Mark. |
| Schlaglein | 21,75 | — | 20,50 | — | 18,25 | Mark. |

Breslau. 22. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm —. Per März 175,00 Br., April-Mai 175,00 Br., Mai-Juni 177,00 Br. — Hafer (per 1000 Kilogr.) —. Per März 165,00 Br., April-Mai 162,00 Br., Juli-August 152,00 Br. — Rüböl (per 100 Kilogramm) —. Per März 71,00 Br., September-Oktober 61,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Prozent) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe. Per März (50er) 52,30 Gd., (70er) 32,70 Gd., April-Mai (70er) 32,80 Gd. — Binf (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz.

Die Börsenkommision.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Ware.

A. Mit Verbrauchssteuer.

| | 21. März. | 22. März. |
|---------------------------|---------------------------|----------------|
| feine Brodaffinade | 28,00—28,25 M. | 28,00—28,25 M. |
| feine Brodaffinade | — | — |
| Gem. Raffinade II. | 26,50—27,00 M. | 26,50—27,00 M. |
| Gem. Melis I. | 25,50—25,75 M. | 25,50—25,75 M. |
| Kristallzucker I. | 26,25 M. | 26,25 M. |
| Kristallzucker II. | — | — |
| Melasse Ia. | — | — |
| Melasse IIa. | — | — |
| Tendenz am 22. März: | Vormittags 11 Uhr: Still. | |
| B. Ohne Verbrauchssteuer. | 21. März. | 22. März. |

Granulirter Zucker —. Kornzuck. Rend. 92 Proz. 16,50—16,70 M. 16,50—16,65 M. do. Rend. 88 Proz. 15,80—16,00 M. 15,80—15,90 M. Nachr. Rend. 75 Proz. 11,80—13,40 M. 11,80—13,40 M. Tendenz am 22. März: Vormittags 11 Uhr: Schwach.

Breslau. 22. März. 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei schwachem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei schwachem Angebot matt, per 100 Kilogramm schles. weißer 17,30—18,50—18,90 M., gelber 17,20—18,40—18,80 M., feinste Sorte über Notiz bez. — Roggen in sehr ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 16,00—16,50—17,10 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste schwach angeboten, per 100 Kilogramm 15,50—16,20—17,30 Mark, weiße 17,50—18,50 Mark. — Hafer unverändert, per 100 Kilogramm 16,00—16,60 Mark. — Maiss matter, per 100 Kilogr. 12,00—13,50—14,00 M. — Erbsen ohne Frage, per 100 Kilogramm 15,00—15,50—17,00 M., Victoria 16,60—17,00—18,00 M. — Bohnen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 15,00—16,00—17,00 M. — Lupinen schwacher Umsatz, per 100 Kilogramm gelbe 12,50—13,50—15,50 M., blaue 11,50 bis 12,50—14,50 M. — Wiesen gut verkauflich, per 100 Kilogr. 15,50 bis 16,50—17,50 M. — Delfsäten schwacher Umsatz. — Schlaglein behauptet. Hanfsamen schwach zugeführt, 16,00—17,00 bis 17,50 M. Pro 100 Kilo netto in Mark und Pf. Schlagleinat 22,00, 21,50, 18,50, Winterrap 29,00, 28,00, 27,00, Winterrüben 28,00, 27,00, 26,00. — Rapsfuchen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. schles. 14,00—14,25 M., fremder 13,80—14,20 M. Beinkuchen mehr angebot, per 100 Kilogramm schles. 15,00—15,25 M., fremder 14,00—14,50 M. Palmkernkuchen ruhig, per 100 Kilogr. 12,00—12,50 M. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur seine Qualitäten beachtet, per 50 Kilogr. 30—37—42—48 M., weißer unverändert, 29—36—45—58 M. — Schwedischer Kleesester, 40—45—50—60 Mark. — Tannenklee ruhig, 30—35 bis 40—48 M. — Thymothee matt, 22—26—28—29 M. — Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogramm infl. Sac Brutto Weizen fein 26,50—27,00 Mark, Hausboden 25,75—26,25 Mark, Roggenfuttermehl 10,00—11,40 Mkt., Weizenkleie 9,40—9,80 Mkt. — Heu per 50 Kilogramm 3,00—3,50 Mkt. — Roggenstroh per 600 Kilogramm 26 M.—28 M. Markt.

Vom Wochenmarkt.

Posen. 24. März. Der Bantner Roggen 7,90—8 M. Weizen 8,75 bis 9 M. Gerste 7,50 bis 8 M. Hafer 8 M. Erbsen 7,75—8,50 M. Blaue Lupinen 7,75 bis 8,75 M., gelbe Lupinen 8,75—9 M. Sardella 18—19 M. Wiesen 8 bis 8,50 M. Gemenge 7,75—8 M. Kartoffeln. Der Bantner Hen 2,50 M. Das Schok. Stroh 35—36 M. Der Bantner Kartoffeln auf dem Alten Markte 1,30—1,50 Mark. Der Bantner Bruden 1,25 M. Geflügel knapp. Puten bis 7,50 M. Ein Paar Hühner bis 3,75 M. Ein Paar Enten bis 3,75 M. Gänse 3,50—9 M. Eier, die Mandel 70 Pfennige. Das Pfund Kochbutter 85—90 Pf. Tischbutter 1—1,20 M. Frisches Grünzeug mehr angeboten. 3—4 mittelgroße Brücken 10—12 Pf. Ein Pfund Apfel 20—25 Pf. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt in Jettichweine war heute begrenzt. Das Angebot beschränkte sich auf 12—15 Stück. Kinder, nur Schlachtwieh, 8 Stück, im Preise 24—25 Mark pro Bantner Lebend-Gewicht. Jungschweine, Ferkel und Fettchafe fehlten. Das Angebot auf dem Fischmarkt war nicht von Belang. Das Pfund Hühnchen 60—65 Pfennige, Karpfen 70 bis 80 Pfennige, Barsche 45 bis 50 Pf. Bleie 35 bis 40 Pf. Schleie das Pfund 50—60 Pfennige, Zander das Pfund 30—50 Pfennige. Die Mandel grüne Heringe 20—25 Pfennige. Das Angebot des Fleischmarktes war über den Bedarf. Händler zahlreich, Geschäfte regen. Bei reichlichem Angebot war der Markt auf dem Sapientaplatz gut besucht. Ein Putzhahn 6—12 M. Eine Putzhenne 5 bis 5,50 M. Ein Paar Kochinchina-Hühner bis 4 M. Ein Paar andere Hühner bis 3,50 M. Ein Paar Enten bis 4 M. Eine Gans 4,50 bis 9,50 M. Ein Paar junge Tauben, 65 bis 80 Pf. Gezeichnete Fettgänse, das Pfund 65 bis 70 Pfennige. Eier, die Mandel 65—70 Pf. Das Pfund Butter 1—1,10 M. seine Tischbutter 1,20 M. Neues Grünzeug, Spinat, Radieschen reichlicher, ein kleiner Bund 5 Pf. Altes Küchenwurzelzeug in Menge und zwar in Bünden von 8—12 Pf. Ein Kopf Blumentohl 20 bis 40 Pf. Das Pfund Apfel 20—25 Pfennige.

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 24. März. setne B. mittl. B. ord. B. Pro 100 Kilogramm.

| Weizen | 18 M. | 90 Pf. | 18 M. | 30 Pf. | 17 M. | — Pf. |
|---------------|-------|--------|-------|--------|-------|-------|
| Roggen | 16 | 20 | 15 | — | 15 | 70 |
| Gerte | 17 | 30 | 15 | — | 13 | — |
| Hafer | 16 | 20 | 15 | 60 | 15 | 30 |
| Kartoffeln | 2 | 80 | 2 | 40 | — | — |
| Lupinen gelbe | 15 | 30 | 14 | 50 | — | — |
| Lupinen blaue | 15 | 80 | 14 | 50 | — | — |

Die Börsenkommision.

Börsen-Telegramme. Berlin, 24. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.) Not v. 22.

| Weizen fester | 194 50 | 193 25 | Spiritus matter | Not v. 22. |
|------------------|--------|--------|-------------------|------------|
| Juni-Juli | 194 75 | 194 25 | 70er loko o. Faß | 34 30 |
| Roggen beständig | 169 50 | 170 50 | 70er April-Mai | 34 — |
| " April-Mai | 165 50 | 166 — | 70er Juni-Juli | 34 40 |
| Rüböl still | 67 60 | 67 70 | 70er Aug.-Septbr. | 35 20 |

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.) Not v. 22.

| Spiritus | 162 — | 162 25 | Spiritus | Not v. 22. |
|----------|-------|--------|----------|------------|
|----------|-------|--------|----------|------------|